

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 156 (1990)
Heft: 7-8

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Österreich

Aktionen gegen eine Zerschlagung des Bundesheeres

Nachdem zum Jahresbeginn vor allem einige Medien Stimmung gegen das Bundesheer in seiner derzeitigen Form machten und linke Parteiorganisationen und Jugendverbände einer Abschaffung bzw. Paralisierung des bewaffneten Elements Österreichs das Wort redeten, treten nun zunehmend Aktionen von Befürwortern einer militärischen Landesverteidigung auf den Plan.

Während die seit Monaten tagenden Verhandlungskomitees der beiden Regierungsparteien noch immer kein konsensuales Ergebnis vorweisen können, wächst die Unruhe und Sorge im Heer. Gegen einen «politischen Kuhhandel» zur «endgültigen Zerschlagung der österreichischen Landesverteidigung» haben sich der Österreichische Kameradschaftsbund, die Bundesvereinigung der Milizverbände sowie die österreichische Offiziers- und Unteroffiziersgesellschaft zusammengeschlossen. Hauptadressat sind die Sozialisten.

Die wesentlichen Kritikpunkte an der gegenwärtigen Diskussion kristallisieren sich vor allem an der sozialistischen Forderung nach einer Wehrdienstzeitverkürzung. Denn eine diesbezügliche Diskussion könne erst nach einer Bundesheer-Reform erfolgen. Eine Verkürzung der Gesamtdauer des Grundwehrdienstes müsse zwangsläufig eine Erhöhung der Tagesdienst-Stundenanzahl auf zehn bis zwölf Stunden mit sich bringen, sofern man keine Ausbildungsverluste erzielen möchte.

Der Präsident der österreichischen Offiziersgesellschaft bedauerte, dass das vom sozialistischen Kanzleramtsminister Ettl entworfene Reformpapier («Gegen eine Wehrdienstzeitverkürzung») von den Sozialisten verworfen worden sei. «Diesem ausgezeichneten Reformkonzept könnte man nahezu in allen Punkten vollinhaltlich zustimmen. Leider sei es abrupt und mit starker Hand eliminiert worden», meinte Malzacher.

Malzacher erklärte auch, man wolle nun mit einer gemeinsam repräsentierten

Mitgliederzahl von 400 000 und einer daraus abzuleitenden «gesellschaftspolitischen Reichweite von weit über einer Million Österreicher» alle Mittel des Rechtsweges ausschöpfen, um eine drohende «Menschenrechtsverletzung übelster Art» an den Wehrdienern zu verhindern. Denn ein mangelhaft ausgebildeter Soldat gefährde beim Umgang mit einer Waffe sich und die Mitmenschen. Dies sei eine Menschenrechtsverletzung, die man einklagen könne.

Der Club der Exekutive (Gendarmerie, Sicherheits-, Zoll- und Justizwache) wandte sich an Bundeskanzler Dr. Vranitzky in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Landesverteidigungsausschusses und ersuchte, dafür einzutreten, dass eine Heeresreform «nur staats-, sicherheitspolitisch und der österreichischen Verfassung entsprechend und nicht populistisch motiviert» ist. «Der Zeitpunkt beim Aufbau neuer Strukturen in der eigenen Landesverteidigung dürfe nicht ein Vakuum auslösen, weil sich das militärische Umfeld Österreichs noch nicht verändert habe, beziehungsweise die sich abzeichnende Entwicklung in Europa noch nicht gefestigt sei. Das Bundesheer dürfe nicht zerschlagen oder irreversibel eingeschränkt werden. Die gesetzliche, allgemeine Wehrpflicht und die milizartige Struktur müsse die bewaffnete, immerwährende Neutralität gewährleisten.»

Eine Bürgerinitiative «Landesverteidigung» konstituierte sich vor wenigen Wochen. Sie formierte sich auf der Basis einer gemeinsamen Plattform von Forderungen und versteht sich als eine «überparteiliche, basisdemokratisch organisierte Bewegung gegen die geplante Verkürzung des Grundwehrdienstes und gegen andere Konzepte zur Demontage der österreichischen Landesverteidigung». Die Initiative, die vor allem von Volkspartei- und volksparteinahen Organisationen sowie diversen Milizverbänden und Offiziersgesellschaften sowie von Einzelpersonen unterstützt wird, formulierte ihr Anliegen: Ablehnung jeglicher Form der Wehrdienstzeitverkürzung, Verbesserung von Ausbildung und Ausrüstung im Heer sowie Aufstockung des Verteidigungs-

budgets auf 1,5 Prozent des Bruttosozialprodukts.

Auch die Organisation «Alt Neustadt», eine unpolitische Vereinigung von Absolventen der österreichischen Militärakademien, wandte sich mit einer Resolution an die Mitglieder der Bundesregierung und an die Abgeordneten zum Nationalrat. Ihr Anliegen ist es, auf die Grundsatzfrage hinzuweisen: «Will sich der Staat Österreich überhaupt verteidigen? Will er seine Souveränität und Unabhängigkeit behaupten? Will er seine Freiheit bewahren?» Im Hinblick auf die zur Diskussion stehende Ausbildungszeit für Grundwehrdiener verweist man in der Resolution darauf, dass man «beim internationalen Gerichtshof in Nürnberg auch jene Funktionäre und Offiziere des Mordes an der Jugend angeklagt und verurteilt hat, die für den Einsatz dieser kurz ausgebildeten Soldaten verantwortlich waren.»

Als jüngste Aktion in der Sorge um die Landesverteidigung meldete sich Armee-kommandant, General Philipp, an der Spitze von 38 hohen

Truppenkommandanten beim Staatsoberhaupt. Er überreichte eine Petition aller Truppenkommandanten zur Heeresreform. «Namens der Heereskommandanten» warnte der Dreisterngeneral vor der «labilen sicherheitspolitischen Lage in Europa». Es bestehe für Österreichs Offiziere überhaupt kein Grund, von der bestehenden Heeresgliederung abzugehen oder das Raumverteidigungskonzept ad acta zu legen, erklärte der General. All diese Aktionen in der Sorge um das Weiterbestehen einer funktionstüchtigen militärischen Landesverteidigung laufen parallel zu den Verhandlungen der Regierungspartner ab, deren diametral auseinandergehende Vorstellungen über eine Reform des Bundesheeres letztlich zu einem untauglichen Kompromiss führen könnte. Die von den Linken – Kommunisten, Jungsozialisten, Linkskatholiken und Grün-Alternativen – gestartete Initiative «Österreich ohne Armee» verstärkt diese Befürchtungen in zunehmendem Masse. TPM

ERSCHLOSSEN EMDDOK

Niederlande

MF 385 12015

Die holländischen Spezialtruppen

Innerhalb der niederländischen Streitkräfte existiert ein sogenanntes Korps der Kommandotruppen, in dem auch eine Fernaufklärungskompanie eingegliedert ist. Nebst der Basisausbildung für diese Spezialtruppe sind diesem Korps noch folgende Aufgaben übertragen:

- Die Kampfausbildung für die Kadetten der königlichen Militärakademie,
- Vermittlung von Kampf- und Überlebensausbildung für alle mechanisierten Kompanien,
- sowie die Erteilung weiterer Spezialausbildung für die Streitkräfte.

Die Fernaufklärungskompanie 104 besteht aus ca. 200 Mann (bestehend aus Längerdienenden und Rekruten) und ist in Züge mit Viernmann-Teams aufgeteilt. Im Kriegsfall wird diese Kompanie dem holländischen I. Korps zugewiesen. Die Aufklärungsaufträge dieser Spezialtruppe sind

offensiver Art. Die Einheit vermeidet aber jegliche Art von Gefechten, ausser die Selbstverteidigung. Geübt wird vor allem das Überleben im feindbesetzten Gebiet. Um die Einsatzzeiten zu verkürzen, unterhält die Kompanie im vorgesehenen Einsatzraum (BRD) einige vollkommen unabhängige und vollausgerüstete Teams.



Soldat der holländischen Fernaufklärungskompanie 104.

Die Teams sind mit modernen Nachtsichtgeräten und weitreichenden Übermittlungsmitteln ausgerüstet. Zudem verfügen die Fernaufklärer über eine geeignete persönliche Ausrüstung. Bei der Ausbildung wird internationale Zusammenarbeit grossgeschrieben. Austausch von Personal, Erfahrungen und Material finden statt mit den entsprechenden belgischen, britischen, dänischen, französischen, bundesdeutschen, amerikanischen, portugiesischen,

griechischen und italienischen Verbänden. Als Ausbildungsdrehscheibe funktioniert die «International Long-Range-Reconnaissance-School» in Weingarten BRD.

Alle zwei Jahre nimmt die holländische Fernaufklärungskompanie 104 an einer operativen Übung «Low Lands» teil, wozu auch andere NATO-Spezialtruppen eingeladen sind.

(Aus Rivista Italiana Difesa Nr. 3/90) Bt

Auch in Italien wird über die Modernisierung der Streitkräfte und eine Verbesserung der Bedingungen für Wehrpflichtige diskutiert.



Eine aus Freiwilligen zusammengesetzte Streitmacht hat eine eigene historisch-kulturelle funktionelle Veranlagung. Im allgemeinen ist eine solche Streitmacht in imperialistischen oder diktatorischen Systemen üblich. Sie ist ihrem Wesen nach ein Machtmittel auf der internationalen Bühne. Die Stärke des Berufsheeres liegt im aktiven, dynamischen Einsatz ausserhalb der nationalen Grenzen; für die Verteidigung des eigenen Territoriums ist sie weniger geeignet.

Bei der Einführung eines Berufsheeres in Italien wäre auch zu bedenken, dass sich die Wehrmänner aus weniger bemittelten Kreisen, vor allem aus solchen mit unterdurchschnittlicher Schulbildung rekrutieren würden. Die Streitkräfte wären somit kulturell nicht qualifiziert. Geografisch würde sich das Schwergewicht der Rekrutierung ohne Zweifel noch mehr gegen den Süden hin verschieben. Das unterdurchschnittliche kulturelle Niveau und die auf einen beschränkten Raum basierende Rekrutierung würden dazu beitragen, die Gleichgültigkeit und die Entfremdung gegenüber den Streitkräften zu beschleunigen. Damit könnten die Streitkräfte zur leichten Beute möglicher Stimmungsmache, extremer Ideologien und imperialistischer Ambitionen werden.

Die italienische Verfassung hält eindeutig den defensiven Zweck unserer Streitkräfte fest und schliesst deren Einsatz als Machtmittel der internationalen Politik aus. Die Entwicklung unseres Bürgersinnes – der noch weit entfernt ist von der Vollkommenheit – verlangt ein Mitwirken, eine Teilnahme der Bürger am Leben des Landes auf allen Gebieten. Hinter dem Deckmantel der Erhöhung der Effizienz versteckt sich individueller Egoismus. Das Berufsheer ist keine Lösung für Ita-

lien. Wir müssen jetzt, solange noch Zeit ist, einschreiten gegen diesen demagogischen und gefährlichen Angriff auf die allgemeine Wehrpflicht. Aber es darf dies nicht ein konservatives Entgegenreten sein. Die Erfordernisse an eine Reform sind vielfältig und verschieden. Schon das weit verbreitete Unbehagen, der Gedanke der Nutzlosigkeit, die Entfremdung der Wehrpflichtigen verlangen nach einer Reform. Dazu kommt noch der bevorstehende Bevölkerungsrückgang.

Denken wir zunächst an die Frage des Frauendienstes. Italien ist das einzige Land der NATO, das den Frauen den Zutritt zu den Streitkräften verwehrt. Es ist dies klar ein Ausdruck unserer «Angst vor dem Neuen».

Die Verweigerung aus Wissensgründen darf bei einer Reform nicht vernachlässigt werden. Doch die neuen Ideen, Vorschläge und Forderungen machen eine Verweigerung aus Bequemlichkeit immer leichter und beschämen damit die echten Verweigerer. Man fügt dem Bevölkerungsrückgang noch die unehrliche Konkurrenz eines günstigeren Ersatzdienstes bei; Organisation und Aufgaben dieses Ersatzdienstes sind dabei noch unbestimmt und wage.

Die Streitkräfte sind keineswegs krankhaft bestrebt, die jungen Bürger ausschliesslich für sich zu beanspruchen. Sie beschränken sich darauf, die Bedürfnisse anzumelden, welche für die Erfüllung der ihnen durch die politischen Behörden übertragenen Aufgaben nötig sind, und sind dann bestrebt, die ihnen anvertrauten personellen und finanziellen Mittel möglichst wirkungsvoll einzusetzen. Schliesslich wird aber die ganze Nation und nicht nur die Streitkräfte von dieser Entwicklung betroffen.

Schaffen wir deshalb einen

Italien

ERSCHLOSSEN EMDDOK

MF 385 / 20/16

Für eine Reform des Militärdienstes

Sowohl Christdemokraten wie Sozialisten verlangen mit ihren kürzlich eingereichten Gesetzesinitiativen eine Modifikation für die Erfüllung der allgemeinen Dienstpflicht.

Der christdemokratische Vorschlag

gründet auf der Forderung «Modernisierung der Strukturen und Verbesserung der Bedingungen für Pflichtige und Freiwillige» im Rahmen der gesetzlichen Aufgaben der nationalen Streitkräfte. Im wesentlichen wurden folgende Vorschläge gemacht:

- Beibehaltung der Mischung Pflichtige/Freiwillige.
- Schaffung eines «nationalen obligatorischen Dienstes» (servizio nazionale obbligatorio) zur Verteidigung des nationalen Territoriums und für andere, der nationalen Gemeinschaft dienende Tätigkeiten.
- Innerhalb dieses nationalen Dienstes ist ein Ersatzdienst für die Verweigerer aus Gewissensgründen zu schaffen.
- Erhöhung der quantitativen und qualitativen Anforderungen an die Pflichtigen.
- Anreiz für Freiwillige durch Massnahmen beziehungsweise Beförderungsmöglichkeiten und durch Öffnung der Streitkräfte für die Frauen.

Der Vorschlag der Sozialisten

hat zum Ziel, die Wehrpflicht sozial nutzbringender und individuell weniger einengend zu gestalten. Im einzelnen wird vorgeschlagen:

- Obligatorische militärische Ausbildung für alle Pflichtigen.

Dauer nicht mehr als 4 Monate.

– Herabsetzung der nicht unmittelbar für den Kampfeinsatz notwendigen Bestände.

– Pflichtige, die durch die Streitkräfte nicht beansprucht werden, sind dem Zivildienst zuzuweisen.

– Fakultative Dienstleistung der Frauen gemäss einem zu erlassenden Gesetz.

Wenn die beiden Initiativen auch von verschiedenen Voraussetzungen ausgehen, so enthalten sie doch Gemeinsames, unter anderem die Beibehaltung der Mischung Pflichtige/Freiwillige; die erneute Bestätigung der vorrangigen Rolle der Streitkräfte; die Schaffung eines nichtmilitärischen Dienstes; die freiwillige Dienstleistung der Frauen.

Die Öffentlichkeit beginnt sich mit den aufgeworfenen Fragen zu beschäftigen. Wir geraten unter Druck der Öffentlichkeit. Es besteht die Gefahr, dass im Bestreben möglichst rasch eine Antwort auf die generellen Erwartungen zu erhalten, die Gründlichkeit und Korrektheit im Durchdenken der vielen Aspekte dieser komplexen und wichtigen Materie verlorengeht.

Eine Verkürzung der Dienstzeit mag, für sich allein betrachtet, zunächst als begründet erscheinen. Geht man aber der Sache auf den Grund, so stellt man fest, dass wir uns Schritt für Schritt der Abschaffung der heutigen Lösung und der Einführung des sogenannten Berufsheeres (esercito di professione) nähern. Dies ist die sich abzeichnende Alternative, und diese Zukunftshypothese gilt es heute zu untersuchen, will man morgen mit Überzeugung eine Reform einführen.

«Nationalen Obligatorischen Dienst» (servizio nazionale obbligatorio). Alle Achtzehnjährigen, gleichgültig welchen Geschlechts, bilden ein dauerhaftes «Personalreservoir», aus dem jedes Ministerium schöpfen kann. Jede und jeder Jugendliche kann Fähigkeiten, Erfahrungen, Neigungen und Vorlieben anmelden. Wer für den gewünschten Einsatz als fähig befunden wird, wird im Rahmen der Bedürfnisse entsprechend ausgehoben. Die Dienstdauer wäre für alle gleich lang. Eine Sonderregelung wäre für diejenigen, die unter besonders schwierigen Verhältnissen Dienst leisten (z. B. Militärdienst), möglich. Die Frage der Verweigerung spielt – ausser beziehungsweise Militärdienst – bei der grossen Auswahlmöglichkeit keine Rolle mehr. Bis heute hatten überzählige Pflichtige (wenn es solche gab) und die für den Militärdienst Untauglichen überhaupt keinen Dienst zu leisten. Ein nationaler Dienst würde auch diesen Fluchtweg schliessen. Die heutigen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten und die sich daraus ergebenden Gehässigkeiten würden aufgehoben.

Bevölkerungsrückgang, Frauendienst, Verweigerung, Zivildienst, Gleichbehandlung aller Pflichtigen, freiwilliger Dienst, Teilnahme am sozialen Leben: Das sind die wichtigen Fragen, welche aufmerksam

abzuwägen sind. Der hier vorgeschlagene «Nationale Obligatorische Dienst» kann die Lösung dieser Probleme sein und ist die beste Art, den sozialen Beitrag der Jugend durch Taten zu beweisen. Nur so kann der schrittweisen Verkürzung der Dienstzeit begegnet, der absurden Idee des Berufsheeres abgeschworen und gleichzeitig das Problem der Einreihung der Jugendlichen an der Wurzel erfasst werden.

Zweifellos wird die Zeit des Übergangs vom Alten zum Neuen eine Schwächung der Verteidigungsbereitschaft bedeuten. Aber diese Schwächung ist ein Luxus, den wir uns in der heutigen Lage leisten müssen und leisten können. Wir sind nicht in der schwierigen Lage des Postministeriums, das auch während des Vollzugs einer Umstellung Eilsendungen und Einschreibbriefe zustellen muss. Wir haben heute keine Feinde jenseits der Grenzpfähle. Leisten wir uns diese Schwächung während der Umstellung. Die beiden eingangs erwähnten Initiativen weisen in die richtige Richtung. Eine sorgfältige Wertung auf der politischen Ebene führt zu einer Antwort auf die heikle und komplizierte Fragestellung, welche die mit dem Finden einer Lösung Beauftragten und die Öffentlichkeit so brennend beschäftigt.

(Aus Rivista Aeronautica Nr. 2/90) HPB

ERSCHLOSSEN EMDDOK

MF

Schweden



Der JAS-39 Gripen ist ein Kampfflugzeug der nächsten Generation. Durch blosses Anstellen der Vorflügel wird die Auslaufstrecke auf weniger als 500 m reduziert.

Flugerprobung mit dem zweiten Prototypen des JAS-39 Gripen

Am 4. Mai startete der zweite Gripen-Prototyp zu seinem Erstflug. Der Flug dauerte rund 14 Minuten und wurde

vom Flugplatz der Firma Saab in Linköping aus gestartet. Aus Sicherheitsgründen wurde diesmal ein Begleitflugzeug des Musters JA-37 Viggen beigezogen. Damit kann nach längerem Unterbruch die Flugerprobung dieses neuen schwedischen Mehrzweckkampff-

flugzeuges weitergeführt werden. Während eines vollautomatischen Landeanfluges war der erste Gripen-Prototyp zu Beginn des letzten Jahres vollständig zerstört worden. Um den nun entstandenen Programmrückstand zu reduzieren, ist eine Straffung der Flugerprobung unumgänglich geworden. Neben den Prototypen 2, 3 und 4 wird man auch die erste Serienmaschine in die Tests einbeziehen. Parallel dazu werden sowohl das Radar wie die Steuerausstattung in einer speziell dafür modifizierten Viggen-Maschine erprobt. Aufgrund des Zeitrückstandes werden die ersten Ablieferungen an Schwedens Luftwaffe nicht 1992, sondern voraussichtlich erst im Jahre 1993 erfolgen. Dessen ungeachtet hat die Regierung die Beschaffung einer Vorserie, bestehend aus

30 Flugzeugen, bewilligt, die später um weitere 110 Einheiten ergänzt werden sollen. Die JAS-39 Gripen soll vorerst die Saab Draken und später auch sämtliche Viggen-Versionen ersetzen, wodurch mit einem Gesamtbestand von 350 bis 400 Kampfflugzeugen zu rechnen wäre.

Damit realisiert das bevölkerungsmässig schwache Schweden in eigener Regie ein Vorhaben, das den parallel dazu laufenden ausländischen Projekten um einiges voraus ist. Dies ist um so erstaunlicher, wenn man bedenkt, dass z. B. das noch immer in der Entwicklungsphase stehende Eurojägerprojekt (EFA), trotz Zusammenarbeit zwischen England, der Bundesrepublik Deutschland, Italien und Spanien, heute sogar in Frage gestellt wird. RCB

ERSCHLOSSEN EMDDOK

MF

Bundesrepublik Deutschland

Abtransport der chemischen Kampfstoffe aus Deutschland

Bis Ende dieses Jahres sollen alle chemischen Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland abgezogen sein. Dies wird als Zielsetzung einer bereits früher beschlossenen, gemeinsamen deutsch-amerikanischen Vereinbarung festgehalten. Damit wird die Rolle der Bundesrepublik als einzigem Stationierungsland für chemische Kampfmittel unter den europäischen NATO-Staaten beendet. Auch in zukünftigen Krisen- oder Verteidigungsfällen soll sichergestellt sein, dass chemische Waffen nur noch mit Zustimmung der deutschen Bundesregierung in die BRD gebracht werden können.

Die chemischen Kampfmittel, deren Abzug aus Deutschland zwischen Juli und Oktober vorgenommen wird, sind ausschliesslich in einem Munitionsdepot bei Clausen, in der Nähe von Pirmasens gelagert. Die US-Streitkräfte sollen hier etwa ein Prozent ihres Gesamtbestandes an chemischer Munition gelagert haben. Dabei handelt es sich ausschliesslich um C-Munition für die Artilleriegeschütze der Kaliber 155 und 203 mm. Diese Granaten enthalten in einer dickwandigen Geschosshülle aus massivem Stahl entweder

die chemischen Kampfstoffe VX oder Sarin. VX ist ein sesshafter, Sarin dagegen ein flüchtiger Nervenkampfstoff.

Die Zünder, die für eine Detonation der C-Geschosse im Einsatzfalle erforderlich sind, sollen in einem anderen Depot gelagert sein. Diese sollen, wie übrigens auch die verwendeten Treibladungen, im Einsatzfalle nicht mit den C-Granaten zusammen transportiert werden.

Zu Beginn dieses Jahres sollen Mitglieder der Landesregierung von Rheinland-Pfalz das Munitionsdepot in Clausen besuchen und sich über die sichere Lagerung der C-Munition überzeugen haben. Unter anderem wird in diesem Zusammenhang vermerkt, dass es sich bei der hier gelagerten Munition ausschliesslich um noch bestens erhaltene neuste Typen handle. Eine Gefährdung der in der Umgebung wohnenden Bevölkerung noch der an den Lagerorten eingesetzten Personen könne ausgeschlossen werden.

Die C-Mittel werden derzeit mit Lastwagen zu einem US-Depot bei Miesau transportiert und dort per Bahn zum Hafen Nordenham gebracht, wo sie auf Spezialschiffe verladen werden. Die Vernichtung der Kampfstoffe wird anschliessend durch die USA auf dem Johnston Atoll vorgenommen. hg

Deutschland

Kontakte zwischen Soldaten der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee

Nachdem die politischen Grundlagen für die Aufnahme von Direktkontakten zwischen der Bundeswehr und der NVA durch die Verteidigungsminister beider deutscher Staaten gelegt sind, eröffnet sich auch ein Feld für offizielle Beziehungen und Kontakte zwischen den Streitkräften. Ziel der Kontakte ist die Begegnung zwischen den Angehörigen beider Streitkräfte. Dies schliesst Führungsstäbe, Verbände, Einheiten und Institutionen mit ein. Schwerpunkt der Gespräche werden die Grundsätze der Inneren Führung, der Ausbildung sowie Diskussionen über die zukünftige Rolle der Streitkräfte ganz allgemein sein.

Nebst der Förderung von persönlichen Verbindungen zwischen den Angehörigen sollen auch gemeinsame Veranstaltungen gefördert werden:

- Begegnungsfahrten, d. h. Tagesfahrten zu Truppenteilen der Gegenseite.
- Gegenseitige Teilnahme an dienstlichen Veranstaltungen in den Bereichen Sport, Kultur und staatsbürgerliche Weiterbildung.

– Gemeinsame Tagungen, Seminare und Informationsveranstaltungen.

Als nicht zulässig genannt werden allerdings in den nun geschaffenen Rahmenrichtlinien die direkte Teilnahme an Übungen, an militärischen Wettkämpfen, am Dienstbetrieb im Rahmen der Einsatzausbildung. Gleiches gilt für die Beteiligung an Paraden, Gelöbnissen, Zapfenstreichen und Veranstaltungen wie zB Waffenschauen.

Gemeinsame Seminare sind grundsätzlich an bestehenden Schulen oder anderen Einrichtungen entweder bei der NV oder der Bundeswehr durchzuführen. Die Dauer soll eine Woche nicht überschreiten. Zur Vermittlung aller Verbindungen und Kontakte sind in beiden Streitkräften sogenannte Verbindungsstellen geschaffen worden, die im Ministerium für Abrüstung und Verteidigung (DDR) sowie im bundesdeutschen Verteidigungsministerium eingegliedert sind. Diese beiden Stellen sollen die aufkommenden regen Kontakte zwischen den Truppen der beiden Länder nach den Grundsätzen der festgelegten Rahmenrichtlinien koordinieren und steuern. hg

Sowjetunion

Kampffahrzeugentwicklungen gehen weiter

Nach längerem Unterbruch haben die Sowjets am 9. Mai dieses Jahres wieder einmal eine Militärparade dazu benutzt, um ihr neuestes Wehrmaterial der Öffentlichkeit vorzuführen. Anlässlich dieser Parade zum 45. Jahrestag des Sieges über die Nazi-Deutschen wurden in Moskau die folgenden Waffensysteme erstmals vorgeführt:

- Die modernste Version des Kampfpanzers T-80, versehen mit einer schuppenartigen Zusatzpanzerung.
- Der neueste Kampfschützenpanzer der BMP-Reihe.
- Der schwere 220-mm-Mehrfachraketenwerfer BM-22 Uragan.

- Das operative Flab-Lenk-Waffensystem SA-10 Grumble und
- Die neueste Version des Luftlandepanzers BMD-2 mit 30-mm-Automatenkanone.

Alle diese Kampfmittel waren mit dem gleichen, bei den Sowjets erstmals erkannten Fleckentarnanstrich versehen. Aufsehen erregt hat insbesondere der erstmals erkannte neue Kampfschützenpanzer der BMP-Reihe (Bezeichnung vermutlich BMP-3). Dieses völlig neu konzipierte Kampffahrzeug ist etwas grösser als die entsprechenden Vorgänger, besitzt ein verändertes Fahrwerk, ein nun im Heck eingebauter neuer Motor sowie als Hauptbewaffnung eine Glattnrohrkanone des Kalibers 100 mm. Parallel zur Hauptbewaffnung ist zudem eine Auto-

matenkanone 30 mm im Turm vorhanden, und je seitlich aussen im Bug sind zwei Maschinengewehre eingebaut. Dafür wird anscheinend auf das bisher übliche PAL-System verzichtet.

Diese Präsentation modernster Militärtechnik – und dies trotz der im Osten laufenden Abrüstungsbestrebungen – kam überraschend. Der Anlass, das 45. Jubiläum des Sieges über Deutschland, war wegen der ungeraden Zahl nicht un-

bedingt zwingend. Wahrscheinlich handelte es sich um eine der in letzter Zeit feststellbaren Bemühungen, die tiefe Kluft zwischen der sowjetischen Gesellschaft und den Streitkräften zu verringern.

Dem Ausland wurde aber zugleich vor Augen geführt, dass die sowjetischen Waffenentwicklungen, insbesondere bei den Kampffahrzeugen, unvermindert weitergeführt werden. hg

Ungarn

Gründung eines Militärpolitischen und Kriegswissenschaftlichen Instituts

Im Zuge der politischen Erneuerungen in Ungarn ist im Budapester Verteidigungsministerium ein wissenschaftliches Institut mit dem Namen «Militärpolitisches und Kriegswissenschaftliches Institut» gegründet worden. Das Institut hat den Auftrag, Forschungstätigkeiten auszuüben, die darauf zielen, Entscheidungen militärpolitischer Art der obersten Militärführung zu erleichtern. Die bisherige Militärdoktrin, die nach den Prinzipien des Warschauer Paktes ausgearbeitet war, muss nun gründlich überdacht und geändert werden. Bisher wurde ausschliesslich davon ausgegangen, dass ein Gegner aus Westen kommen müsse. In Zukunft soll sich die in Reorganisation befindende Ungarische Armee (die nicht mehr «Volks-

armee» nach sowjetischem Sprachgebrauch genannt wird) darauf ausrichten, dass sie sich gegen jede Bedrohung verteidigen kann.

Das Institut betrachtet die Militärdoktrin der neutralen europäischen Staaten als nachahmungswürdiges Modell und beabsichtigt, Kontakte mit schweizerischen, finnischen und schwedischen «Schwester-Institutionen» auszubauen.

Zurzeit besteht das Institut aus sieben wissenschaftlichen Mitarbeitern. Dabei handelt es sich ausschliesslich um Militärpersonen, die bisher an verschiedenen Militärakademien unterrichtet hatten. Direktor des Instituts ist Oberst Dr. Tibor Kőszegvári, ein Artillerist, der sowohl in der Sowjetunion als auch in Ungarn die Generalstabsakademie absolviert hatte, mehrere Sprachen beherrscht und Autor zahlreicher militärpolitischer Publikationen ist. P. G.

USA

Kampfwertsteigerung der Panzerhaubitzen M-109

In der amerikanischen Artillerieschule in Fort Sill/Oklahoma werden gegenwärtig die ersten verbesserten M-109 A6 einer Truppenerprobung unterzogen. Gegenüber den früheren Versionen A2 und A3 sind folgende Modifikationen vorgenommen worden:

- Einbau eines längeren Rohres und dadurch Steigerung der Schussweite von 18 auf 24 km für Normalmunition und von

24 auf 30 km für Basebleed-Geschosse.

- Erhöhung der Munitionsdotations von 36 auf 39 Schuss.
- Verwendung einer automatischen Feuerleitanlage mit integrierter Fahrzeugnavigationsanlage. Die Feuereschwindigkeit wird dadurch auf 8 Schuss/Min verbessert.
- Verbesserung des Splitterschutzes.

Durch die vorgenommenen Modifikationen wird das Gefechtsgewicht der Panzerhaubitze M-109 von bisher 25 auf rund 28,4 t erhöht. hg